

HANS VON RIMSCHA

PAUL SCHIEMANN ALS MINDERHEITENPOLITIKER

Die in den dreißiger und vierziger Jahren fast vergessene, bzw. absichtlich totgeschwiegene Nationalitätenbewegung und die damit zusammenhängende Problematik ist erst in den letzten Jahren wieder in ihrer Bedeutung für die Zeit zwischen den Weltkriegen erkannt worden. Ihrer Erforschung stehen allerdings ungewöhnlich große Schwierigkeiten im Wege, vornehmlich infolge des Mangels an zuverlässigen Quellen.

Dieser Umstand ist nicht nur durch den kriegsbedingten Verlust von dokumentarischen Unterlagen zu erklären, sondern im hohen Grade auch durch das Wesen dieser Politik. Sie war ganz und gar unbürokratisch und hat infolgedessen auch wenig aktenmäßigen Niederschlag gefunden. Eine solche, ganz auf das Zusammenspiel einzelner führender Persönlichkeiten abgestimmte Handlungsweise entsprach im besonderen Maße der für die politische Ideologie und wahrscheinlich auch für die praktische Leitung dieser Bewegung wichtigsten Persönlichkeit, Dr. Paul Schiemann¹.

Schiemann hat seine politische Wirksamkeit in zwei scheinbar sehr verschiedenen Bereichen entfaltet: einmal auf der Ebene deutscher, also nationaler Volkstumpolitik im begrenzten Rahmen seiner baltischen Heimat und zum anderen auf der Ebene übernationaler Europapolitik im Rahmen der Nationalitätenkongresse. In seiner Heimat mußte er den besonderen, vom übrigen Europa, auch vom übrigen Osteuropa in mancherlei Hinsicht abweichenden Verhältnissen Rechnung tragen, während er im Rahmen der europäischen Nationalitätenbewegung seine Politik nach allgemeinen Gesichtspunkten ausrichten und ihr eine Grundlage geben konnte,

¹ Über Paul Schiemann als politischen Führer der deutschen Volksgruppe in Lettland vgl. W. Wachtsmuth, *Von deutscher Arbeit in Lettland*, Band III; *Das politische Gesicht der deutschen Volksgruppe in Lettland in der parlamentarischen Periode. 1918–1934*. Köln 1953. Vgl. ferner derselbe, Paul Schiemann in „Baltische Köpfe“. Hg. v. Heinrich Bosse und Arved Freiherr von Taube, 1953 und die Skizze von H. v. Rimscha: Paul Schiemann, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 1954 Bd. 2. Heft 4. Schiemanns eigene Schriften finden sich in einer großen Zahl von Zeitungen und Zeitschriften verstreut. Eine kleine Sammlung von Artikeln erschien unter dem Titel: *Ein europäisches Problem. Unabhängige Betrachtungen zur Minderheitenfrage*. Wien 1937. Aus seinem Nachlaß, der dem Verfasser von der Witwe übergeben wurde, sind zunächst nur einige kurze Auszüge in „Baltische Hefte“, *Groß-Biewende* 1954/55 erschienen. Andere Teile sollen folgen, so in der „Zeitschrift für Ostforschung“ Schiemanns Korrespondenz mit seinem Onkel Theodor Schiemann im Herbst 1918. Seine Memoiren, an denen er in den letzten Lebensjahren geschrieben hat, sind unvollendet geblieben. Sie reichen nur bis 1918 und sind in einem so rohen Zustand, daß sie sich in der hinterlassenen Form zur Veröffentlichung nicht eignen. Nach Drucklegung dieses Aufsatzes erschien: W. v. Rüdiger, *Aus dem letzten Kapitel deutsch-baltischer Geschichte in Lettland 1919–1939*. Zweiter Teil. Hannover 1955. Die Schrift konnte für die vorliegende Arbeit nicht mehr verwendet werden.

die ohne Rücksicht auf regionale Besonderheiten allgemeine Geltung erlangen sollte. Das mag bei manchem den Eindruck hervorgerufen haben, als bediente sich Schiemann nach der Art von Konjunkturpolitikern, je nach der Lage, einmal des nationalen und das andere Mal des übernationalen Gleises, einmal des geschichtlich bedingten korporativ-aristokratischen und das andere Mal des ideologisch bestimmten formal-demokratischen. Ein solcher Eindruck wäre falsch. Schiemann lag eine Konjunkturpolitik sehr fern. Er ließ sich nicht von utilitaristischen Gesichtspunkten leiten, um je nach den gegebenen Umständen zeitbedingte Erfolge zu erzielen, sondern bemühte sich, unabhängig von der jeweiligen Konjunktur eine Politik auf weite Sicht zu führen und sie auf die feste Grundlage von Recht und Sittlichkeit zu stellen. „Nicht die Tatsachen der Gegenwart“ hat er bekannt, „sind für uns richtunggebend, sondern der Glaube an die sittliche Grundlage des eigenen Denkens^{1a}.“

Andererseits war er auch kein politischer Doktrinär. Gerade in dieser Hinsicht ist er oft mißverstanden worden. Es ging ihm nicht um die Verwirklichung einer bestimmten Lehre, wie der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker oder vom Minderheitenschutz, sondern es ging ihm darum, „neue Rechtsformen des nationalen Zusammenlebens zu finden, die jedem Volke eine seiner geschichtlichen Bedeutung angemessene Existenz sichern“². Er wollte das Sittengesetz in der Politik durchsetzen, – darin sah er das Wesen des echten Liberalismus³.

Um Schiemanns politische Wirksamkeit richtig zu würdigen, ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, daß er aus den in seiner Heimat gegebenen Umständen heraus einen neuen Stil politischen Führertums schaffen mußte. Schiemann trat in einem Zeitpunkt (1919) politisch in den Vordergrund, als sich in seiner Heimat zusammen mit der politisch-nationalen Revolution auch eine tiefgreifende soziale Umwälzung innerhalb des Deutschtums vollzogen hatte. Der durch Jahrzehnte führend gewesene Adel trat seine bestimmende Rolle dem Bürgertum ab, wenngleich zur neuen Führungsschicht auch zahlreiche Geburtsaristokraten gehörten. Entsprechend der neuen politischen Situation, aber auch entsprechend der politischen Überzeugung Schiemanns, mußte die neue Führungsschicht sich auf den Boden der parlamentarischen Demokratie stellen, über allgemeine Wahlen ihren Einfluß erringen und sichern und das in einem Lande ohne formal-demokratische Tradition und unter Menschen, denen Demokratie in der Regel etwas Verächtliches, ja etwas Anrüchiges war.

Der traditionelle politische Führungsstil in den baltischen Landen war bis in den ersten Weltkrieg hinein durch die ritterschaftlichen Adelskorporationen bestimmt gewesen. Es war ein sehr aristokratischer Stil. Wer im öffentlichen Leben des

^{1a} Ein europäisches Problem, S. 23.

² Nach der Formulierung des Ausschusses der deutschbaltischen Parteien in einer Würdigung der politischen Tätigkeit Schiemanns anlässlich seines 60. Geburtstages am 29. 3. 36. Abgedruckt bei Wachsmuth III, S. 427 ff.

³ Nachlaß. Erinnerungen an Alexander Baron Meyendorff. Baltische Hefte Nr. 1, 1954; S. 17.

Landes etwas bedeuten wollte, der mußte sich in den Körperschaften, den adeligen auf dem Lande oder den bürgerlichen in den Städten, politisch heranbilden. Der selbstverständliche Weg zu Ansehen und Stellung führte über die Korporationen, zu denen man gehören und in denen man sich bewähren mußte.

Schiemann bot sich, um zur politischen Führung zu gelangen, ein ganz anderer Weg. Und es wird noch zu zeigen sein, wie er es verstanden hat, ihn entschlossen zu beschreiten, ohne damit einen Bruch mit der politischen Überlieferung zu vollziehen. Er erleichterte dadurch, zum mindesten psychologisch, weiten Kreisen seiner tief in den aristokratisch-korporativen Traditionen fußenden politischen Gegner, ihm auf seinem Wege zu folgen.

Unter Paul Schiemanns Führung wurde, parallel zu den gleichzeitigen Vorgängen in Estland, der organische Einbau des bodenständigen baltischen Deutschtums in den neubegründeten lettländischen Staat vollzogen. Er selbst hatte diesen Schritt schon längere Zeit vor der Staatsgründung vorbereitet und war dadurch in grundlegenden Gegensatz zu der bisherigen deutschbaltischen Führung geraten, die eine solche Entwicklung nicht nur nicht wünschte, sondern auch nicht mit ihr rechnete. Es trifft daher nicht zu, daß er, wie gelegentlich behauptet worden ist, im Sommer 1919, als er aus Deutschland in die Heimat zurückkommen konnte, gleichsam unvorbereitet neue Verhältnisse vorgefunden und sich nun nach ihnen gerichtet hätte. Im Gegenteil, er hatte eben diese neuen Verhältnisse herbeizuführen sich bemüht und war insofern für eine politische Wirksamkeit unter den neuen Voraussetzungen besonders gut vorbereitet.

In richtiger Abschätzung einer unabwendbaren Entwicklung hatte er sich bereits im Spätsommer 1918 für eine Unterstützung der Selbstständigkeitsbestrebungen der baltischen Völker entschieden und sich im Reich dafür eingesetzt. In diesem Sinne hatte er, von der deutschen Okkupationsverwaltung als politisch mißliebig aus der Heimat ausgewiesen, in Berlin mit der Reichstagsmehrheit und einigen führenden liberalen Politikern wie Max und Alfred Weber, Friedrich Naumann, Hans Delbrück, Theodor Heuss, Paul Rohrbach Fühlung genommen und sich am 7. Oktober 1918 in einer Eingabe an den Reichskanzler Prinz Max von Baden gewandt⁴. Er war der Überzeugung, daß „die Forderung . . . sofortiger selbständiger Staatenbildung . . .“ der einzige Ausweg sei, „um die Ostseeländer vor der bolschewistischen Zerstörung zu retten und eine dauernde Feindschaft der in Zukunft unweigerlich entstehenden Staaten Estland und Lettland gegen das Deutsche Reich zu verhindern“⁵. Gleichzeitig bemühte er sich, anknüpfend an viele geschichtlich bedingte Gemeinsamkeiten eine völlige Trennung Estlands und Lettlands zu vermeiden und durch eine gleich zu begründende Union beider Staaten eine gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik sicherzustellen, fand allerdings dafür, besonders bei den Esten, keine Zustimmung.

⁴ Der Wortlaut dieser Eingabe wird in der „Zeitschrift für Ostforschung“ gedruckt werden.

⁵ Osteuropäische Korrespondenz, 6. Nov. 1918.

Um diese Stellungnahme richtig zu würdigen, ist es nötig, etwas weiter zurückzugreifen. Schon in der russischen Zeit hatte Schiemann im Gegensatz zur Politik der baltischen Ritterschaften den Standpunkt vertreten, „daß die deutsche Position im Lande nur auf Grund eines Zusammengehens mit den übrigen Nationalitäten zu halten sei, und daß wir die nationale Selbstbestimmung auf Grund unserer staatsbürgerlichen Rechte und nicht auf Grund historischer Privilegien fordern müssen“⁶. Während der deutschen Okkupationszeit hielt er es für den Kardinalfehler der deutschen Ostpolitik, daß sie – in einseitiger Ausrichtung auf die Deutschen im Lande – „sich ganz unmittelbar auf einen nationalen Zuwachs und nicht auf eine Erweiterung der staatlichen Einflußsphäre im Osten einstellte“. „Hätte man es verstanden“, schrieb er Ende Oktober 1918 seinem Onkel Theodor Schiemann nach Berlin, „sich beizeiten die Sympathien der breiten Bevölkerungsschichten in den Ostseeprovinzen zu erwerben, so könnte jetzt keine Niederlage mehr unsere moralischen Erwerbungen vernichten“⁷. Er war der Ansicht, daß es nicht nur etwa für die baltischen Lande, sondern gerade für Deutschland besser gewesen wäre, wenn es „nicht mit der kleinen deutschen Gruppe, sondern mit der breiten nichtdeutschen Masse zusammengearbeitet hätte“⁸. Aus diesem Grunde bemühte er sich im Herbst 1918 zu erreichen, daß das Deutsche Reich den baltischen Völkern zu ihrer staatlichen Selbständigkeit ver helfe. „Ich bin der Überzeugung“, schrieb er seinem Onkel Theodor, „daß es den Letten und Esten vielleicht auch ohne Deutschland gelingen könnte, ihre Pläne zu verwirklichen. Aber das würde natürlich zur Folge haben, daß ein dauernder Stachel in den dortigen Völkern sitzen bleibt und die künftigen Beziehungen unerfreulich macht“⁹.

Dadurch setzte Schiemann sich bewußt in scharfen Gegensatz zu den sogenannten Landesräten im okkupierten Baltikum und zum Baltischen Vertrauensrat in Berlin, die, einerseits gestützt auf die Rechtsgrundlage der bisherigen Privilegien, andererseits auf die reale Macht der Obersten Heeresleitung, hofften, gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Letten und Esten die traditionelle deutsche Vormachtstellung im Lande zu erhalten. Aber auch nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland und der Proklamierung der Staaten Lettland und Estland blieb zunächst der Einfluß der gleichen deutschbaltischen Kreise so stark, daß Schiemann daran zweifelte, ob für ihn auch nach dem Umsturz eine politisch-publizistische Betätigung in der Heimat überhaupt möglich sein werde. „Der Baltische Vertrauensrat tat alles mögliche“, heißt es in seinem Nachlaß, „um vor meiner unbaltischen Gesinnung zu warnen . . . es schien, als ob die übereinstimmende Abneigung der deutschbaltischen Gesellschaft gegen meine Person

⁶ Ebenda.

⁷ Der Briefwechsel zwischen Theodor und Paul Schiemann wird in der „Zeitschrift für Ostforschung“ veröffentlicht werden.

⁸ Osteuropäische Korrespondenz, 6. Nov. 1918.

⁹ Wie Anmerkung 7.

sich endgültig durchsetzen wollte¹⁰.“ Infolgedessen meldete er sich, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, auch nicht zur Baltischen Landeswehr, deren Kampf gegen den Bolschewismus er auf das lebhafteste begrüßte und durch entsprechende aufklärende und werbende Vorträge in Deutschland förderte, sondern blieb zunächst in Berlin.

Je mehr sich aber die bisher führenden deutschbaltischen Kreise auch im Berliner Vertrauensrat im Laufe des ereignisreichen Frühlings 1919 mit dem Gedanken an eine Selbständigkeit Lettlands und Estlands abzufinden gezwungen sahen, um so mehr wuchs der Einfluß Schiemanns. Anfang April wurde er, zusammen mit Baron Friedrich von der Ropp vom Baltischen Vertrauensrat nach Libau delegiert, um seine Meinung vor dem deutschbaltischen Nationalausschuß zu vertreten, der dort, anstelle der inzwischen aufgelösten Landesräte, aus verschiedenen deutschbaltischen Körperschaften und Berufsverbänden gebildet worden war.

Hier fand er zunächst wenig Resonanz. Zwar teilte er die Skepsis seiner Landsleute in der Heimat gegenüber weiten, für den Bolschewismus sehr anfälligen lettischen Kreisen, zumal gegenüber der lettischen Sozialdemokratie, die auch nach seiner Ansicht „damals die kommunistische Partei durchaus als ihre Bundesgenossin empfand“, war aber entschieden für eine Zusammenarbeit mit den sogenannten bürgerlichen Letten, die in der damaligen Regierung maßgebend waren, wie Ulmanis, Valters und Zalits, weil sie alle „nicht weniger erbitterte Gegner des Bolschewismus waren als die Balten selbst“¹¹. Infolgedessen verurteilte Schiemann scharf den Libauer Putsch des Stoßtrupps der Baltischen Landeswehr vom 16. April, (durch den die Regierung Ulmanis beseitigt wurde) und die gesamte sich daraus ergebende Politik bis zum unglücklichen Unternehmen von Wenden im Juni 1919¹². Auch nachher hat Schiemann immer wieder die Ansicht geäußert, daß der verhängnisvolle Libauer Putsch die deutsch-lettischen Beziehungen auf lange Zeit hinaus vergiftet habe¹³.

So entsprach es durchaus einer inneren Logik, daß Paul Schiemann erst nach dem Zusammenbruch dieser, durch Libau und Wenden charakterisierten Politik in seiner Heimat wieder aktiv in das politische Leben eintrat, um dann sehr schnell

¹⁰ Nachlaß, Manuskript S. 239. – Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Terminologie sich in den letzten Jahrzehnten geändert hat. In der Zeit zwischen den Weltkriegen und besonders seit 1945 ist es international üblich geworden, als „Balten“ die Angehörigen der baltischen Völker (Esten, Letten, Litauer) zu bezeichnen, die Deutschen in den baltischen Ländern im Unterschied dazu als Deutschbalten. Bis zum Ende des ersten Weltkrieges, also auch in der hier behandelten Zeit, wurden mit „Balten“ ausschließlich die Deutschen des Baltikums bezeichnet. Der „Baltische Vertrauensrat“ war (im Unterschied zu dem zur Zeit bestehenden „Baltischen Rat“ und der „Baltischen Gesellschaft“) ein rein deutsch-baltisches Gremium.

¹¹ Ebenda S. 254.

¹² Als Folge des Libauer Putsches war es am 22. Juni 1919 zu einer Schlacht zwischen der Baltischen Landeswehr und den Truppen der bürgerlichen (Ulmanis)-Letten und Esten gekommen, in der die Landeswehr eine schwere Niederlage erlitt. Vgl. H. v. Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das baltische Deutschtum. Riga 1939, S. 142 ff.

¹³ Nachlaß, Manuskript S. 254.

die Führung zu ergreifen und sie ununterbrochen zu behalten, bis der weitreichende Arm der Nationalsozialisten ihm 1933 den Boden für jede politische Wirksamkeit entzog.

Schiemann war, wie bereits erwähnt, entgegen den Traditionen seiner Heimat, nicht über die historischen Körperschaften zu seiner führenden Stellung gelangt, sondern über eine politische Partei, die Deutsch-baltische Demokratische Partei, zu deren Präses er nach seiner Rückkehr in die Heimat gewählt worden war. Über die Partei war er Leader der deutschen Fraktion im lettländischen Landtag und damit politischer Führer des lettländischen Deutschtums geworden.

Um zu dieser Stellung zu gelangen, hätte er den Weg der Revolution gehen können. Die traditionelle Politik hatte jeden Boden verloren, und die zuerst in den Landesräten und dann im deutschbaltischen Nationalausschuß führenden Persönlichkeiten und Kreise hatten sich das größte Mißtrauen der neuen Machthaber im Staate zugezogen. Was hätte, so schien es, da näher gelegen, um mit den führenden lettischen Kreisen den unerläßlichen Kontakt herzustellen, als jetzt auch innerhalb des baltischen Deutschtums eine Revolution zu vollziehen und unter radikalem Bruch mit den Überlieferungen der Vergangenheit und den Exponenten der bisherigen deutschbaltischen Politik einen neuen Anfang auf ganz neuen Grundlagen zu setzen?

Schiemann ist diesen Weg nicht gegangen. Daß er es nicht tat, ist entscheidend sowohl für seine persönliche Stellung wie auch für die gesamte weitere Politik der deutschen Volksgruppe und wahrscheinlich auch für die Existenz des Deutschtums in Lettland (bis zur Zwangsumsiedlung 1939) geworden. Scheinbar entgegen dem realpolitischen Augenblicksinteresse der Deutschbalten und in direktem Gegensatz zu den seitens der Letten auf ihn, als den bisherigen Exponenten der deutschbaltischen Opposition, gesetzten Hoffnungen hat Schiemann ganz bewußt – darin übrigens im Einklang mit der Führung des estländischen Deutschtums – den revolutionären Weg abgelehnt. Unter Anknüpfung an politische, soziale und kulturelle Überlieferungen und unter betonter Anerkennung der geschichtlichen Aufgabe der Deutschen in seiner Heimat stellte er es sich zum Ziel, bei dem Einbau des Deutschtums in den neuen Staat seine bisherigen politischen Gegner nicht durch Verschärfung der Gegensätze abzustoßen, sondern sie zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.

Hätte er den revolutionären Weg beschritten, so wäre es unvermeidlich zu einer Spaltung innerhalb des Deutschtums in Lettland gekommen, ein sehr großer Teil wäre außer Landes gegangen, und der Rest hätte sich weitgehend assimilieren müssen. Wahrscheinlich hätte das die Preisgabe jeder deutschen Position im Lande bedeutet, wie Hitler das später durch die Umsiedlung verlangt hat.

Es erscheint gerechtfertigt, auf die Vorgänge in diesen entscheidenden Tagen etwas näher einzugehen. Denn es hat damals nicht unbeträchtliche Kräfte gegeben, die Schiemann auf den revolutionären Weg treiben wollten, sowohl in seiner eigenen Partei, wie vornehmlich in der ebenfalls demokratischen „Deutschbaltischen Fort-

schriftlichen Partei“, zu der viele Schiemann politisch und persönlich nahestehende Persönlichkeiten gehörten.

Diese Partei hat unter Führung des Barons Eduard Rosenberg versucht, in betonter und scharfer Distanzierung gegenüber den politisch bisher maßgebenden deutschbaltischen Kreisen und Persönlichkeiten einen offenen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen.

Ein Vergleich des Verhaltens Schiemanns und Rosenbergs in diesem kritischen Zeitpunkt erscheint sehr lehrreich. Er ist besonders lehrreich, weil beide Politiker weltanschaulich auf der gleichen demokratisch-parlamentarischen Ebene standen, und weil beide eine tätige Mitarbeit der einheimischen Deutschen am neuen Staat verlangten, ohne Anspruch auf eine Sonderstellung und in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Letten. Rosenberg erklärte aber seine Partei für die einzig wirklich demokratische, für die einzig wirklich loyale und politisch unbelastete, und insofern für die einzige, die das Vertrauen der Letten verdiene. Bei den Verhandlungen zwischen Deutschbalten und Letten unmittelbar nach der Staatsgründung brach Rosenberg aus der ursprünglichen Einheitsfront der deutschen Parteien aus, akzeptierte die von den Letten gestellten Bedingungen, besetzte die meisten der für die Deutschbalten vorgesehenen Sitze im sogenannten Volksrat¹⁴ mit seinen Parteimitgliedern und sicherte sich selbst einen Ministersitz in der Regierung¹⁵. Zu dem nicht demokratisch gewählten, sondern von den historischen Körperschaften und berufsständischen Organisationen und auch den Parteien beschickten deutschbaltischen Nationalausschuß, der für sich in Anspruch nahm, die berufene Vertretung der Deutschen in Lettland zu sein, trat er in scharfe Opposition. Dadurch ergab sich eine Spaltung innerhalb des Deutschtums, die der lettischen Regierung durchaus willkommen war. Infolge seines Postens in der Regierung und seiner Beteiligung im Volksrat schien Rosenberg am längeren Hebel zu sitzen. Die Situation schien sich noch mehr zu seinen Gunsten zu verschieben, als die lettische Regierung, die bisher in Verhandlungen mit dem deutschbaltischen Nationalausschuß gestanden hatte, im Herbst 1919 erklärte, sie könne als Verhandlungspartner nur politische Parteien anerkennen, und Vertrauen würde sie nur jenen entgegenbringen, die sich vom Nationalausschuß distanzieren.

In diesem Augenblick stand Schiemann am Scheideweg seiner politischen Laufbahn. Der Entschluß, den er jetzt faßte, mußte bestimmend für alles weitere sein. Alle realpolitisch-taktischen Erwägungen schienen dafür zu sprechen, dem Wunsche der Regierung zu willfahren, sich als demokratische Partei vom Nationalausschuß zu trennen, dadurch das notwendige Vertrauen der Letten zu gewinnen und gleichzeitig – qua Partei – als anerkannter Verhandlungspartner in die Erscheinung zu treten. Der Nationalausschuß als solcher hatte ohnehin ausgespielt, – einen Monat später löste er sich auf. Schiemann hatte keine Bindung an ihn. Zwar arbeiteten

¹⁴ Der lettländische Volksrat war eine, am Vortage der Proklamation Lettlands (18. Nov. 1918) begründete, nicht demokratisch gewählte, sondern von den einzelnen politischen Parteien beschickte provisorische Volksvertretung.

¹⁵ Rimscha a. a. O., S. 112. Ausführlich bei Wachtsmuth a. a. O. III, S. 91.

auch Vertreter seiner Partei im Ausschuß mit, maßgebend in ihm waren aber gerade jene Kreise, deren Politik er ablehnte. Sich von ihnen zu distanzieren, schien sowohl politisch-taktische Vorteile zu versprechen, wie der eigenen politischen Linie zu entsprechen.

Viele seiner Parteimitglieder haben Schiemann dazu gedrängt, dem Beispiel Rosenbergs zu folgen und den Trennungsstrich zu ziehen. Die logische Folge wäre eine – bereits beantragte – Fusion mit der Fortschrittlichen Partei gewesen. Damit hätte sich Schiemanns politische Basis noch erweitert, denn, daß ihm im gemeinsamen Lager mit der zahlenmäßig kleinen Fortschrittlichen Partei und in Anbetracht seiner persönlichen Überlegenheit über Rosenberg die Führung zugefallen wäre, ist unzweifelhaft.

Schiemann tat diesen Schritt nicht. Die Durchsetzung für richtig erkannter politischer Grundsätze war ihm wichtiger als der Gewinn politisch-taktischer Vorteile. Einer der wichtigsten dieser Grundsätze war die von ihm oft und gern berufene „nationale Solidarität“, d. h. die unbedingte Erhaltung der Einheit des Deutschtums. Hierbei ging es für ihn nicht nur um Zweckmäßigkeit, sondern um nationale Würde. „Der Glaube an die Ehrlichkeit unserer staatlichen Überzeugung“, erklärte er, „darf nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden, die unserer nationalen Würde zu nahe treten. Das bedeutet die Zumutung, daß man der Demokratischen Partei erst volles Vertrauen entgegenbringen würde, wenn sie sich endgültig vom Nationalausschuß getrennt und einen endgültigen Strich zwischen sich und allen angeblich andersdenkenden Volksgenossen gezogen haben wird. Die Demokratische Partei ist seit je für eine Politik des Zusammengehens mit der lettischen Bevölkerung eingetreten, nicht um sich persönlich die Gunst der lettischen Mitbürger zu sichern, sondern weil diese Politik als die richtigste für die Gesamtheit und für alle Balten im Lande erkannt wurde. Heute aber haben wir mehr denn je Veranlassung, den Zusammenhang mit unseren deutschen Volksgenossen nicht zu verlieren und ihnen das ‚Umlernen‘ für die neue Zeit zu erleichtern. Eine Loslösung vom Nationalausschuß wäre eine Sprengung der kulturellen Gemeinschaft und damit eine Vernichtung unseres kulturellen Seins. Ein künftiger Friede ist nur möglich, wenn es gelingt, unser gesamtes Volkstum für die von uns als richtig erkannte Politik zu gewinnen. Das ist nur möglich in Zusammenarbeit mit dem deutschbaltischen Nationalausschuß als Vertretung des gesamten Deutschbaltentums in Lettland¹⁶.“

Dank diesem Schritt blieb tatsächlich die Einheit des Deutschtums in Lettland erhalten. Er war die Voraussetzung zu einer sachlich engen und persönlich herzlichen Zusammenarbeit Schiemanns mit dem Exponenten der konservativen Kreise, Baron Wilhelm von Fircks, dem damaligen Vorsitzenden des Nationalausschusses. Diese Zusammenarbeit wiederum war die Voraussetzung dafür, daß in der Folgezeit auch Schiemanns politische Gegner sich hinter ihn stellten und seine Führung anerkannten. Und dieses schließlich war die Voraussetzung für alle deutschbaltische Politik in Lettland seit der Begründung des Staates.

¹⁶ Riga'sche Rundschau 14. Nov. 1919.

Im Ergebnis erwies sich dieser Schritt Schiemanns auch als ein Erfolg gegenüber den Letten. Denn Rosenberg hat mit seiner Taktik des Nachgebens sehr schnell Schiffbruch erlitten. Bezeichnenderweise schenkten die Letten in der Folgezeit ihr Vertrauen nicht ihm, sondern Schiemann.

Dieser war zunächst, genau so wie Rosenberg, über eine politische Partei zu seiner Stellung gelangt. Schiemann war sich aber darüber klar, daß diese Basis für ihn zu eng war, auch konnte die Partei als Organisationsform im Deutschbaltentum nie jene Bedeutung gewinnen, die ihr in einer parlamentarischen Demokratie zukäme. So schuf er sich im „Ausschuß der deutschbaltischen Parteien“ (der an die Stelle des früheren Nationalausschusses als politische Vertretung der ganzen Volksgruppe getreten war) eine breitere, überparteiliche Plattform. Der Vorsitz in diesem Ausschuß hatte zunächst turnusmäßig zwischen den paritätisch in ihm vertretenen Parteien gewechselt; später wurde jedoch aus Geschäftsführungsgründen beschlossen, einen Vorsitzenden wenigstens auf die Dauer von sechs Monaten zu wählen. Es ist bezeichnend für die Stellung, die Schiemann faktisch einnahm, daß er, für ein halbes Jahr zum Vorsitzenden gewählt, über zehn Jahre in dieser Stellung verblieb, bis zum Siege des Faschismus über die Demokratie.

Während die einzelnen Parteien zwar formell fortbestanden, aber tatsächlich den Charakter politisch-technischer Hilfsorganisationen annahmen, sicherte unter Schiemanns Führung der Ausschuß der deutschbaltischen Parteien eine einheitliche politische Willensbildung, eine geschlossene deutsche Fraktion im Landtage und wuchs so eng zusammen, daß er, ohne es formell zu sein, selbst den Charakter einer „Partei“ annahm. Als solche – als deutsche Partei – wurde er auch von den Letten empfunden und bezeichnet. Dem Ausschuß und nicht den einzelnen Parteien sind auch die deutschen Abgeordneten verantwortlich gewesen. So ergab sich der paradoxe Zustand, daß Schiemann Leader einer „Partei“ war, die zum größten Teil aus Angehörigen anderer Parteien bestand.

Neben der nationalen Solidarität war der zweite politische Grundsatz Schiemanns die soziale Solidarität. Dieser Grundsatz trat für ihn „an die Stelle des veralteten Klassenkampfgedankens, dessen Unfähigkeit zu positivem Aufbau gerade die jüngste Geschichte erwiesen hat. Er strebt einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze an, der die Arbeitsleistung zur tatsächlichen Grundlage unserer Gesellschaftsordnung macht¹⁷.“ Zur Verwirklichung dieses Ziels hat Schiemann bereits im Jahre 1920 eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die, wie z. B. die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, später auch vom Nationalsozialismus vertreten wurden. Er scheute dabei auch nicht vor sozialistischen Forderungen zurück, wie z. B. der Sozialisierung solcher Betriebe, die nicht auf privatwirtschaftliche Initiative angewiesen sind, wie Verkehrswesen, Versicherungswesen, Ausbeutung von Wasserkraften und Bodenschätzen¹⁸.

¹⁷ Vgl. Die Richtlinien für die Tätigkeit der Deutschbaltischen Demokratischen Partei Lettlands. Abgedruckt bei Wachsmuth a. a. O. III, S. 107.

¹⁸ Ebenda.

Schiemanns politische Konzeption hatte während seines Aufenthaltes in Deutschland in den Tagen der deutschen Revolution feste Gestalt angenommen. Er hatte damals zusammen mit Eduard Stadtler, Heinrich von Gleichen, Oscar Müller, Joachim Tiburtius und anderen zu einem kleinen Kreise gehört, deren Glieder sich selbst „Solidarier“ nannten. Von diesem Kreise wurden „Grundsätze nationaler und sozialer Solidarität“ schriftlich niedergelegt und eine „nationalsozialistische Vereinigung“ begründet. Doch hatte diese Vereinigung nur kurzen Bestand. Die einzelnen Glieder des Kreises gingen in der Folgezeit in ganz verschiedene parteipolitische Lager, – Gleichen ins konservative, Müller ins sozialdemokratische, Schiemann ins liberale und Stadtler schließlich ins faschistische. Aber für Schiemann blieben die damals aufgestellten Grundsätze die Grundlage seiner Politik.

Man hat später von hier aus Verbindungslinien zwischen Schiemanns und Hitlers Politik finden wollen, und von nationalsozialistischer Seite ist auch der – vergebliche – Versuch gemacht worden, den politischen Führer des lettländischen Deutschtums in das NS-Lager hinüberzuziehen. Die Gegensätze waren in Wirklichkeit aber schlechthin unüberbrückbar. Sie lagen durchaus nicht nur etwa darin, daß Schiemann, wie Wachsmuth meint, in zwei Kardinalfragen sich von den Nationalsozialisten unterschieden hätte, nämlich als Gegner des Rassenkampfes und als Anhänger des Parlamentarismus¹⁹. Für ihn waren nicht praktische Fragen der Staats- und Regierungsform entscheidend, sondern die grundsätzliche Ablehnung von Gewalt und Zwang, – von Terror gar nicht zu reden. Schiemann strebte eine Rechtsordnung an und nicht eine Machtordnung wie Hitler. Das von ihm oft und gern zitierte Wort: „Was Du nicht willst, das man Dir tu“, das füg auch keinem andern zu“ war für ihn nicht ein Ausdruck politischer Raison, sondern ein sittliches Postulat.

Bekanntlich war das angestrebte politisch-praktische Ziel der Schiemannschen Politik in Lettland die Durchsetzung einer nationalen Autonomie als öffentlich-rechtliche Körperschaft, „eines auf Grund demokratischer Wahlen aller deutschbaltischen Lettländer zusammengesetzten Repräsentativkörpers, dem die Vertretung der nationalen und kulturellen Interessen des Deutschbaltentums in Lettland und das Recht zusteht, von seinen Volksgenossen staatlich geschützte Abgaben zu erheben“²⁰. Es ist ihm nicht beschieden gewesen, dieses Ziel voll zu erreichen. Er mußte sich mit Teilerfolgen (Schulautonomie) begnügen. – Hier ist nicht der Ort, seinen politischen Kampf um dieses Ziel im einzelnen darzustellen. W. Wachsmuth hat das im 5. Bande seines Werkes „Von deutscher Arbeit in Lettland“ ausführlich getan. Nur auf zwei Punkte sei kurz eingegangen, weil zum Teil nicht ganz richtige Vorstellungen darüber herrschen.

Es gehört zur deutschbaltischen Geschichtstradition, als Exponenten der politischen Führung des baltischen Deutschtums in Lettland bis 1933 Dr. Paul Schiemann und Baron Wilhelm von Fircks sozusagen in einem Atemzuge zu nennen.

¹⁹ Ebenda, S. 110.

²⁰ Ebenda.

Auch Wachtsmuth hat das sowohl in dem genannten Buch über die Arbeit in Lettland wie in seiner Porträtskizze Schiemanns in „Baltische Köpfe“ getan²¹. Diese Tradition ist aus politischen Gesichtspunkten heraus entstanden und hat zweifellos politisch ihre Berechtigung. Durch die Doppelführung wurde einerseits die nationale Solidarität gewahrt und den konservativen Gegnern Schiemanns erleichtert, sich hinter seine Führung zu stellen, und dadurch gleichzeitig dessen Stellung den Letten gegenüber gestärkt. Aber es bedeutet gewiß keine Schmälerung der Persönlichkeit von Fircks', seiner Verdienste und seiner Bedeutung als eines konservativen Gegen- und Mitspielers, wenn man feststellt, daß die Politik der Deutschen in Lettland in dieser Zeit gleichwohl im Zeichen Schiemanns gestanden hat. Die tragenden Grundlagen, auf denen diese Politik ruhte, waren von ihm gelegt worden; sie waren sein eigenstes, lange vorher erarbeitetes Gedankengut und haben den klarsten Niederschlag in den Satzungen seiner Partei gefunden. Fircks hatte, je nachdem fördernd oder bremsend, an dieser Politik mitgewirkt, aber ihr Exponent, zumal wenn man auch die über den Rahmen der baltischen Heimat hinausgreifenden Zielsetzungen mit einschließt, ist Paul Schiemann gewesen. Auch sein politisches Gewicht in der Volksgruppe war anders als das von Fircks. In einigen Kreisen des lettländischen Deutschtums bestand das Bestreben, auch die politische Führung der Volksgruppe in die Hände des Präsidenten der „Deutschbaltischen Volksgemeinschaft“ zu legen und diesem auch die deutsche Landtagsfraktion zu unterstellen. Realisiert wurde dieser Plan erst im September 1933, als Schiemann nicht mehr an der Spitze der deutschen Fraktion stand. Der damalige Präsident der deutschbaltischen Volksgemeinschaft, Wilhelm von Rüdiger, stellt dazu ausdrücklich fest, daß diese Neuerung „wohl kaum durchzuführen gewesen wäre, wenn Schiemann noch die Leitung der deutschen Fraktion innegehabt hätte. Man hätte es ihm vielleicht auch nicht zugemutet“²².

Größere Bedeutung kommt einer zweiten Frage zu. Nach der erfolgten Staatsgründung wurde von vielen Deutschbalten die Ansicht vertreten, daß es nunmehr die Aufgabe der Volksgruppenführung sei, sich auf die Vertretung der eigenen Volkstumsbelange im (innerlich abgelehnten) Staat zu beschränken. Schiemann lehnte diesen Standpunkt ab und verlangte eine aktive, wie es in seinem Parteiprogramm hieß „rückhaltlose“, Mitarbeit am Staat und seinen Institutionen. Seiner Ansicht nach wäre eine Beschränkung auf die Vertretung der nationalen Rechte der eigenen Volksgruppe einem Verzicht auf Staatsbürgerpflichten und damit auf Staatsbürgerrechte gleichgekommen²³.

Diese Einstellung hatte schwerwiegende Folgen. Denn Schiemann verlangte damit nicht nur eine mehr oder weniger widerwillige Anerkennung des Heimatstaates, sondern eine positive Einstellung zu ihm und die Bereitschaft, als Staats-

²¹ Vgl. Anmerkung 1.

²² Nach den unveröffentlichten Memoiren von Dr. Wilhelm von Rüdiger, Manuskript Kapitel 5, S. 175.

²³ Vgl. Schiemanns Polemik mit dem in Berlin lebenden Dr. Georg Baron Manteuffel in der „Rigaschen Rundschau“, Februar und März 1920.

bürger auch dessen gesamtstaatliche Interessen zu vertreten. Zwar wünschte er als Angehöriger seines Volkes eine möglichst intensive Pflege und Förderung des Kulturlebens der über die Staatsgrenzen hinausgehenden Volksgemeinschaft, als Staatsbürger lehnte er aber eine politische Interessenvertretung durch den konnationalen Auslandsstaat ab und stellte sich damit bewußt in den Schutz des Heimatstaates und nicht einer im Hintergrunde stehenden Macht gleichen Volkstums.

Der entgegengesetzte Standpunkt klang im Baltikum erstmals schon im November 1918 an, als August Winnig als Generalbevollmächtigter des Reiches anlässlich der neuen Staatengründungen (damals allerdings unter der Voraussetzung besonderer Verhältnisse, d. h. der Anwesenheit deutscher Truppen im Lande und der akuten Bedrohung durch den Bolschewismus) am 20. November der estnischen Regierung erklärte: „Alle estnischen Landeseinwohner deutscher Abstammung und Sprache stehen unter dem Schutz des deutschen Volksstaates.“ Die gleiche Erklärung gab er tags darauf in Riga ab und veröffentlichte sie in der Presse²⁴. Von diesem Standpunkt gingen später bekanntlich auch die Nationalsozialisten aus und sind von da aus konsequenterweise in bezug auf die deutschen Volksgruppen zur Forderung eines „Staatsverrates aus Volkstreue“ gekommen.

Zwischen dieser Politik und der Schiemanns gab es überhaupt keine Verbindungslinie. Und wenn Eugen Lemberg in seinem bedeutsamen Aufsatz „Umdenken in der Verbannung“²⁵ über die nationalen Minderheiten und ihre Gefährdung ganz allgemein die Behauptung aufstellt, sie seien „zu ewiger Opposition“ verurteilt gewesen . . . „von vornherein defensiv und isolationistisch denkend und auf den Schutz eines hinter ihnen stehenden Staates eigener Nationalität bauend“, so gilt das nicht für alle Gruppen, die aktiv an der europäischen Nationalitätenbewegung mitarbeiteten.

Schiemann hat als langjähriger Vizepräsident des europäischen Nationalitätenkongresses diese Bewegung entscheidend beeinflusst²⁶. Grundsätzlich lag, wie oben ausgeführt, seine europäische Politik auf der gleichen Ebene wie seine deutsche Volkstumspolitik in Lettland. Da sie sich aber vom Speziellen zum Allgemeinen erweiterte, so löste sie sich von den im Einzelfall besonderen Voraussetzungen und

²⁴ Vgl. Rimscha a. a. O., S. 95.

²⁵ Als Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ erschienen (24. März 1954, S. 116).

²⁶ Präsident des Kongresses war der Italienslovene Dr. Wilfan, Schiemann war Vizepräsident. In Anbetracht der führenden, ja beherrschenden Stellung der deutschen Gruppen im Kongreß wäre es das Nächstliegende gewesen, wenn Schiemann zum Präsidenten gewählt worden wäre. Aus politischen Gründen wollte er das aber nicht. Gerade wegen des Überwiegens des deutschen Einflusses, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Europa und um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die andersnationalen Minderheiten sich im Schlepptau der Deutschen befänden, hielt Schiemann es für richtig, daß an der Spitze ein Nichtdeutscher stehe. Auch den unverhältnismäßig starken Führungsanteil der Deutschbalten innerhalb der deutschen Volksgruppen (Dr. Ammende – Generalsekretär des Nationalitätenkongresses; Werner Hasselblatt – Geschäftsführender Vorsitzender des deutschen Volksgruppenverbandes; Baron F. Uexküll – Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Nation und Staat“) wollte Schiemann nicht überbetonen. Bei den anderen deutschen Gruppen ging bereits das nette Scherzwort um: allen Balten zum Trotz sich erhalten!

war im höheren Maße theoretisch-ideologisch bestimmt. – Dem Verfasser ist nur wenig Material hierüber zugänglich²⁷, – im Nachlaß Schiemanns findet sich darüber so gut wie nichts, – deshalb schöpft er im folgenden vorzüglich aus eigener Kenntnis und persönlichen Erinnerungen als damals nächster Mitarbeiter Schiemanns auf dem publizistischen Sektor.

Schiemann ging erstens davon aus, daß jede Minderheitenpolitik nur dann von Erfolg und Dauer sein kann, wenn sie nicht auf einen oder einige Staaten beschränkt bleibt, sondern in ganz Europa Geltung gewinnt. Eine Lösung des Problems mußte nach seiner Ansicht generell erfolgen und durfte sich nicht auf einzelne konkrete Fälle beschränken. Auch in diesem Punkte stand er im krassen Gegensatz zur Politik der Nationalsozialisten, die sehr deutlich in der Forderung Konrad Henleins vom 19. November 1937 erkennbar wird, „die sudetendeutsche Frage aus dem sogenannten volksdeutschen Fragebereich oder dem Fragebereich der deutschen Volksgruppen in Europa herauszulösen“²⁸.

Zweitens ging Schiemann davon aus, daß die Lösung des europäischen Nationalitätenproblems nicht an die jeweilige Machtkonstellation gebunden sein dürfe, weil Machtstellung einer fortlaufenden Veränderung unterliege. Eine auf Macht begründete Lösung würde nur so lange Geltung haben, wie die Macht dauert. Infolgedessen mußte und sollte eine Lösung angestrebt und gefunden werden, die sich auf das Recht gründet, auf eine übernationale, für alle Minderheitengruppen und Mehrheitsvölker unabhängig von ihrer jeweiligen Macht gleichermaßen geltende, international anerkannte und geschützte Rechtsordnung. Das bedeutete natürlich das genaue Gegenteil der Ziele und der späteren Praxis der Nationalsozialisten.

Drittens ging Schiemann von dem seit Versailles in Europa faktisch gegebenen Zustand aus, d. h. von dem zumal in Osteuropa (dank der Siedlungslage der Völker) unvermeidlichen Bestehen nationaler Minderheiten in den verschiedenen Staaten und von der Existenz der neugegründeten Staaten selbst. Er vertrat die Ansicht, daß im Einzelfall die staatlichen Grenzen auf dem Wege der Revision verbessert werden könnten, daß aber das Nationalitätenproblem an sich weder durch Verlegung der Staatsgrenzen, noch durch Verschiebung der Völkergruppen (Umsiedlung) gelöst werden könne.

Die letzte Voraussetzung schließlich war die als bestehend anerkannte und als solche bejahte Tatsache der zwiefachen Bindung der Angehörigen nationaler Minderheiten, deren jede für den einzelnen eine Verpflichtung in sich schloß: die Bindung als Volksgenosse an das eigene Volk und die Bindung als Staatsbürger an den Heimatstaat. Schiemann sah eine Lösung ausdrücklich nicht in der einseitigen Entscheidung für die eine Bindung auf Kosten der anderen, weil das ein Weg wäre, der unvermeidlich entweder zum Staatsverrat aus Volkstreue (Desertion) oder zum Volks-

²⁷ Über den europäischen Nationalitätenkongreß und den deutschbaltischen Anteil an ihm ist eine Tübinger Dissertation von Margarete Lutz im Entstehen. (Hg.)

²⁸ Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D, Band 2. Konrad Henleins Bericht an Reichsminister von Neurath vom 19. Nov. 1937, S. 51.

verrat aus Staatstreue (nationale Assimilation) führen mußte. Beides lehnte er entschieden ab. Er sah eine Lösung auch nicht – und dieses verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil es Anlaß zu größten Unklarheiten gegeben hat – in einer Verewigung der Existenz der einzelnen Volksgruppen als wohlwollend bzw. gnädig oder auch widerwillig geschützte nationale Minderheiten. Das hätte seiner Ansicht nach ihre Degradierung zu nur geduldeten, aus dem geschichtlichen und politischen Leben der Heimat ausgeschalteten Gruppen bedeutet. Er hat eine solche Stellung wiederholt als unwürdig bezeichnet²⁹. Zwar vertraten andere Minderheitenpolitiker damals – und vertreten zum Teil auch noch heute – in bezug auf den Dauerzustand der Minderheiten einen anderen Standpunkt. So hat Dr. Hannes Bergmann erst kürzlich den Friedensmachern von Versailles den Vorwurf gemacht, daß sie die nationalen Minderheiten für eine „zeitlich beschränkte Angelegenheit“ gehalten und es versäumt hätten, ihnen ein „Recht auf Dauerzustand“ zuzumessen^{29a}. Demgegenüber hat Schiemann bereits 1920 unmißverständlich erklärt: „Es ist die Aufgabe der Minderheitenbewegung, den Weg zu zeigen, der zur Aufhebung der nationalen Minderheit als staatspolitischen Begriff führt“^{29b}.

Den Weg zur Lösung sah Schiemann in einer Aufhebung des Widerstreites zwischen Staatsangehörigkeit und Volkszugehörigkeit. Zu diesem Zweck verlangte er eine klare Abgrenzung der Pflichten und der Rechte, die einerseits aus der Staatsangehörigkeit und andererseits aus der Volkszugehörigkeit erwachsen. Von hier aus kam er zu seiner Forderung nach der Befreiung der Nation vom Staat und zu seiner Konzeption vom anationalen Staat als Grundlage einer gesamteuropäischen Ordnung.

Schiemanns Gedankengang war dabei – ganz konzentriert dargestellt – folgender: Der Staat ist eine Raumbegrenztheit; als solcher ist er primär als eine Tatsachengemeinschaft anzusehen.

Das Volk ist eine Personalgemeinschaft, in vollem Umfang eine Geistes- und Gefühlsgemeinschaft. Infolgedessen sind Staat und Volk verschiedenen Lebensgesetzen unterworfen. Deshalb können und sollen die Arbeitsgebiete der Staats- und der Volksgemeinschaft voneinander getrennt und gegeneinander abgegrenzt werden. Der staatlichen Betätigungssphäre würden demnach alle Lebensgebiete verbleiben, die an den Raum gebunden sind, so das wirtschaftliche, das verkehrstechnische und auch das politische im eigentlichen Sinne. „Politik ist die Arbeit am Gedeihen des Raumes, in dem man lebt“, hat er kategorisch festgestellt, „jede Abweichung auf andere Ziele ist Selbstvernichtung“³⁰. „Alle kulturellen Belange müßten aber aus der Betätigungssphäre des Staates herausgelöst, insofern „vom

²⁹ Das wird vom Ausschuß der deutschbaltischen Parteien in seiner Würdigung Schiemanns ausdrücklich hervorgehoben. Vgl. Wachtsmuth a. a. O., S. 427.

^{29a} Dr. H. Bergmann, *Etatisches und volkliches Denken*. In *Volk und Staat*, Festschrift für Karl Maßmann. Kiel 1954.

^{29b} Zitiert nach Wachtsmuth. a. a. O. III, S. 176.

³⁰ Paul Schiemann, *Ein europäisches Problem*. S. 31.

Staate befreit“ werden und der überstaatlichen Volksgemeinschaft vorbehalten bleiben. Schiemann verlangte mithin „von der Volksgemeinschaft die Beschränkung auf kulturelle Aufgaben und den Verzicht auf politische Zielsetzungen außerhalb des gegebenen Staatsraumes . . . und vom Staate den Verzicht auf kulturelle und nationale Totalität“³¹, d. h. praktisch auf seinen Nationalstaatscharakter.

Schiemann hat als Parallele gern auf die Loslösung der Religionsgemeinschaften aus der staatlichen Betätigungssphäre hingewiesen und ihre Unterordnung unter eine eigene Rechtssphäre. Das gleiche strebte er für die Volksgemeinschaften an.

Die Widerstände dagegen – den staatlichen und den volklichen Egoismus – hoffte er durch eine systematische Stärkung und Erhaltung eines übernationalen Europabewußtseins zu überwinden. Bei seinen Bemühungen stellte er sich betont und zukunftsweisend auf den uns allen gemeinsamen Boden Europas, das er gelegentlich „unsere geistige Heimat“ und „unser aller Vaterland“ genannt hat. „Der Gemeinnutz Europas geht vor dem Eigennutz des Einzelstaates und Einzelvolkes“³².

Das Schiemannsche Gedankengebäude ist mit zwingender Logik aufgebaut. Man wird sich aber des Eindrucks nicht erwehren können, daß seine Konzeption vom anationalen Staat als Grundlage einer europäischen Ordnung stark im Theoretischen und Konstruktiven haften bleibt. Ohne Zweifel hat er die währende und wachsende Kraft mancher politischer Faktoren unterschätzt: die nationalen Machtinstinkte der großen Völker und die nationale Eitelkeit der kleinen, denen es zu einer Prestigefrage geworden war, ihren souveränen Nationalstaat zu haben. Andere Faktoren hat er dagegen – jedenfalls für seine Zeit! – überschätzt, so das europäische Gemeinschaftsbewußtsein und wohl auch die Kraft der sittlichen Idee.

Praktisch ist Schiemann, dank der Entwicklung in den dreißiger Jahren, mit seiner Politik gescheitert. Aber man wird daraus kaum den Schluß ziehen dürfen, daß deshalb seine Zielsetzung falsch war und das Ziel selbst unerreichbar ist. Damals erwiesen sich die Gegenkräfte allerdings stärker als er erwartet hatte, und schließlich wurden er und seine Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer vom siegenden Faschismus einfach überfahren.

Die erste Enttäuschung bereitete ihm der Völkerbund. Die Genfer Liga zeigte sich nicht fähig, ja überhaupt nicht gewillt, der Nationalitätenbewegung jenen über- und internationalen Rückhalt zu geben, dessen sie bedurfte und den sie bei den einzelnen Nationalstaaten nicht suchen konnte, ohne sich selbst aufzugeben. Die wahre Tragödie der verschiedenen Minderheitenverfahren vor dem Völkerbund – gelegentlich ist es geradezu eine Komödie gewesen – ist ja hinlänglich bekannt. Der Grund lag nicht allein im Überwiegen staatlicher Eigennutzinteressen und nationaler Machtaspirationen. Er lag auch darin, daß die Ziele und Absichten, zum Teil auch die Voraussetzungen der Nationalitätenbewegung von vielen führenden Persönlichkeiten in Genf überhaupt nicht begriffen wurden, am wenigsten

³¹ Ebenda, S. 11.

³² Ebenda, S. 42 und S. 8.

von den Vertretern südamerikanischer und ostasiatischer Mächte, die paradoxerweise gerade mit diesen typisch europäischen Fragen befaßt wurden. Das Nichtbegreifen bezieht sich zum Teil auch auf die Staatsmänner westeuropäischer Mächte, wobei eine nicht zu unterschätzende Rolle die mißverständliche und uneinheitliche Terminologie spielte. Trotzdem das Wort „national“ in den westeuropäischen Sprachen bekanntlich im Sinne von staatlich und nicht wie im Deutschen und in den meisten osteuropäischen Sprachen im Sinne von volklich gebraucht wird, wurde in Genf, unabhängig vom Sinn, in der Regel in den verschiedenen Sprachen der gleiche Ausdruck verwandt und auch in amtlichen Übersetzungen beibehalten. Das hatte zur Folge, daß gerade jene Begriffe, die auf das säuberlichste unterschieden werden mußten – staatlich und volklich –, durch die verschiedene Bedeutung der Vokabel „national“ hoffnungslos miteinander vermengt wurden²⁸. Schon vor vierzig Jahren hat Ignaz Seipel sein bekanntes Buch über Nation und Staat unter das Motto gestellt: *clarae notiones, boni amici!*

Entscheidend für das schließliche Scheitern der Schiemannschen Politik auf europäischer Grundlage war aber nicht das Mißverstehen in Genf – es ist zum Teil sogar behoben worden –, sondern der Siegeszug des faschistisch-nationalistischen Machtdenkens. Als, hauptsächlich durch die Nationalsozialisten geschürt, jene selben Tendenzen Überhand gewannen, von denen Lemberg fälschlich behauptet, sie hätten „von vornherein“ die Politik der nationalen Minderheiten bestimmt, als zumal die deutschen Volksgruppen – und innerhalb der Nationalitätenbewegung waren die deutschen Gruppen nicht nur führend, sondern entscheidend – von Hitler zu „fünften Kolonnen“ degradiert und zu Werkzeugen der Machtpolitik des Dritten Reiches gemacht wurden, um den eigenen Heimatstaat innerlich auszuhöhlen und für eine Unterjochung durch Hitler reif zu machen, war damit der „echten“, auf rechtlich-ethischen Grundlagen ruhenden Nationalitätenpolitik im Schiemannschen Sinne der Todesstoß versetzt.

Schiemann selbst hat, nachdem ihm in der Heimat durch den dort (1934) zur Macht gelangten faschistisch-autoritären Kurs der Boden für eine politische Wirksamkeit entzogen war, versucht, von Wien aus seine Politik fortzuführen und zunächst unter den deutschen Volksgruppen jene Elemente zu sammeln, die sich der NS-Gleichschaltungs- und Gewaltpolitik widersetzen. Im Februar 1936 begründete er in Wien eine „Minderheitenliga zur Befriedung Europas“, zu der Vertreter aller

²⁸ Der Brasilianer Mello Franco erklärte als Berichterstatter für die Minderheitenfrage am 9. Dez. 1925 im Völkerbundrat, daß der Zweck des Minderheitenrechtes sei, „allmählich die notwendigen Bedingungen zur Herstellung einer vollkommenen nationalen Einheit vorzubereiten“. Mello Franco hatte „complete unité nationale“ gesagt. Die amtliche deutsche Übersetzung lautete höchst mißverständlich und offenbar von den Übersetzern selbst mißverstanden: vollkommene nationale Einheit. – Auf der gleichen Sitzung sagte Sir Austen Chamberlain nach der amtlichen deutschen Übersetzung, die Schöpfer des Minderheitenrechtes hätten nicht die Absicht gehabt, „inmitten der Nationen eine Gemeinschaft zu schaffen, die ewig dem nationalen Leben fremd bliebe“. Nach der im Deutschen üblichen Terminologie einbarer Unsinn.

deutschen Volksgruppen gehörten und die sich zum Ziel setzte, die Fahne des Rechtes gegenüber der siegenden Macht hochzuhalten³⁴.

Ohne Zweifel war dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zu einem Erfolg fehlten alle realen Voraussetzungen, sowohl in den einzelnen Volksgruppen selbst, wie auch in dem damals im Zeichen des Austrofascismus stehenden Österreich. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Schiemann die Hoffungslosigkeit seines Unternehmens verkannt und sich irgendwelchen Illusionen hingegeben hätte. Bereits die Gründungsversammlung in Wien hatte etwas Gespenstisches. Ein großer Teil der von Schiemann persönlich geladenen deutschen Volkstumsführer, von denen er wußte, daß sie den Nationalsozialismus und seine Gleichschaltungspolitik entschieden ablehnten, riskierten es nicht, nach Wien zu kommen und sich zu exponieren. Und manche von jenen, die erschienen waren, stellten die Bedingung, weder öffentlich genannt noch in einer Mitgliederliste geführt zu werden. Der Terror, zumal der Wirtschaftsterror der Nationalsozialisten in den einzelnen Volksgruppen war bereits so groß, daß viele aus Angst, ihre Berufsstellung oder ihre wirtschaftliche Existenz zu verlieren, es nicht wagten, sich nach außen zu ihrem Tun zu bekennen³⁵. So gewann das Unternehmen, ganz gegen Schiemanns Absicht, den Charakter des Konspirativen. Er selbst hatte diese Neugründung als eine öffentliche Manifestation des Widerstandswillens gedacht. Vielleicht war es auch mehr eine Art von Verzweiflungsschritt gewesen, um aus der erzwungenen Untätigkeit auszubrechen und unabhängig von allen Erfolgschancen überhaupt nur etwas „dagegen“ zu tun. Eine praktische Tätigkeit hat der Verband nicht entfaltet und 1938 mit dem Anschluß auch formell sein Ende gefunden.

Abschließend sei noch einiges über Schiemanns Persönlichkeit gesagt, denn allein vom Politisch-Sachlichen her lassen sich weder seine Erfolge noch seine Stellung in der Heimat erklären. Seine politische Wirksamkeit war in höchstem Grade persönlich bestimmt. Es ging ihm stets mehr um die Menschenführung als um eine politische „Geschäftsführung“. Er machte Politik nicht am Schreibtisch, nicht im Büro, nicht über Kanzleien, sondern unmittelbar von Mensch zu Mensch. Die Nachsitzungen mit viel Alkohol und wenig Konvention waren für seine politische Führung in der Regel wichtiger als die Sitzungen selbst.

Er hatte starke künstlerische und literarische Interessen und hat deshalb am schnellsten Kontakt mit jenen Politikern gefunden, die ähnliche Neigungen hatten, wie z. B. mit dem deutschen Gesandten in Lettland, Dr. A. Köster. Ja, es wurde gelegentlich die Ansicht geäußert, daß Schiemanns eigentlicher Beruf im Künst-

³⁴ Obgleich der Verfasser dem Verbands angehörte und an seiner Begründung teilgenommen hat, ist ihm seine genaue Bezeichnung nicht mehr in Erinnerung. Es ist möglich, daß der Name, wie Richard Breyer in seinem Buch: *Das Deutsche Reich und Polen, Würzburg 1955* angibt, „Deutscher Verband zur nationalen Befriedung Europas“ gewesen ist.

³⁵ Von prominenten Minderheitenführern, die aus ihrer Beteiligung am Verbands kein Geheimnis machten, wären außer Schiemann zu nennen: der Sudetendeutsche Dr. Kostka und der Polendeutsche Dr. Pant (ein ehemaliger Jugendgespieler Hitlers). Generalsekretär des Verbandes war der Österreicher Woldemar Quaisser.

lerisch-Literarischen liege. Er selbst hat das durchaus geleugnet. Als der alte Theodor Schiemann, dem die politische Betätigung seines Neffen Paul sehr unangelegen war, diesem empfahl, sich auf das Gebiet zu beschränken, auf dem er „wirklich zu Hause“ sei, nämlich auf die Literatur, schrieb ihm der Neffe in einem ausführlichen Antwortbrief u. a.: „Du siehst wohl aus allem, was Du bisher vermutlich nicht wußtest, daß ich keineswegs ein Mensch bin, der durch Zufälligkeiten des Lebens in die Journalistik [man könnte hinzufügen: und in die Politik] verschlagen wurde und nun notgedrungen auch eine Ansicht vertreten muß, sondern daß es sich bei mir um eine in Kämpfen und Arbeit erworbene Überzeugung handelt, die eine Aufgabe in sich schließt^{35a}“. Diese Worte sind außerordentlich typisch für Paul Schiemann.

Er war kein systematischer Arbeiter, kein Freund der Regelmäßigkeit. Selbst hat er sich in seinen jungen Jahren als einen echten Bohemien bezeichnet und ist es in gewissem Sinne auch bis zum Schluß geblieben. Darin lag natürlich eine Gefahr. In seiner Heimat spielte auch nach dem Umbruch von 1918 das Gesellschaftliche eine große Rolle. Durch Herkunft – er entstammte einer alten kurländischen Juristenfamilie – und Lebensstellung hatte er von vornherein seinen festen Platz in der Gesellschaft. Durch seine bohemische Lebensweise hatte er aber, ganz abgesehen von seiner Politik, manchen gesellschaftlichen Anstoß erregt, bis zu einem gewissen Grade sich außerhalb der Gesellschaft gestellt. Der in Riga gesellschaftlich maßgebende Klub, zu dem zu gehören, wie in England, für eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit wichtig war, hat durch Jahre seine Aufnahme als Mitglied verweigert.

Und gleichwohl wirkte sich gerade dieser Umstand auch zu seinen Gunsten aus. Er war kein Exponent bestimmter „Kreise“, und infolge seiner geistig wie gesellschaftlich unabhängigen Haltung gelang es ihm, sehr gute persönliche Beziehungen gerade zu markanten Vertretern aller sozialen Schichten und Berufsstände zu unterhalten, zum Adel ebenso wie zum sogenannten kleinen Mann.

Schiemann hat einmal gemeint, der Deutschbalte sei „mehr als jeder andere Stamm zur Freundschaft fähig“³⁶. Ob das so allgemein richtig ist oder nicht, mag dahingestellt sein – auf ihn selbst trifft es ohne Zweifel zu. Er hatte nicht nur eine große Freundschaftsfähigkeit, sondern auch ein großes Freundschaftsbedürfnis. Das hatte zur Folge, daß die politische Führungsgruppe um ihn schnell den Charakter eines Freundeskreises annahm. Dadurch gewann diese Gruppe einen sehr festen innerlichen Halt über alle politischen Gegensätze hinweg. Denn fast alle seine persönlichen Freunde in diesem Kreise gehörten anderen Parteien an als er selbst. Auf dieser persönlichen Grundlage beruhte auch sehr wesentlich seine fruchtbare politische Zusammenarbeit mit Baron Fircks.

Wenn Schiemann im Politischen auch neue Wege gegangen ist, so hat er an den alten, in seiner Heimat nach wie vor geltenden, aristokratisch bestimmten

^{35a} Vgl. Anm. 7.

³⁶ Vgl. „Baltische Hefte“ Nr. 1.

Wertmaßstäben unbedenklich festgehalten und sie als für sich verbindlich anerkannt. Insofern war er ein sehr typischer Deutsche. Auch das hat ihm vieles erleichtert. Und er hat oft amüsiert und mit leichter Ironie davon gesprochen, daß seine politischen Gegner aus dem konservativen Lager – gleichsam um sich dafür zu entschuldigen, daß sie ihm Gefolgschaft leisteten – ihm wiederholt versicherten, er mache zwar in Demokratie, aber in Wirklichkeit sei er – gottlob! – gar kein Demokrat. „In Wirklichkeit“ ist er selbstverständlich ein Demokrat gewesen. Er war es nur nicht in dem starren Sinne, wie man sich im „Weimarer“ Deutschland einen Musterdemokraten vorzustellen pflegte, sondern er war viel mehr ein Demokrat im englischen Verstande, ein demokratischer Leader. Und es ist bezeichnend, daß er stets diesen englischen Ausdruck für seine eigene Stellung in Anspruch nahm und sich nie als Führer bezeichnete.

Gewiß hat er viele und erbitterte Gegner gehabt. Wenn man aber nachträglich, Schiller zitierend, von ihm gesagt hat, sein Charakterbild schwanke, von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, in der Geschichte, so ist das kaum gerechtfertigt³⁷. In der „Geschichte“ erscheint sein Charakterbild schon zehn Jahre nach seinem Tode überraschend einheitlich. Und auch seine früheren schärfsten Gegner aus dem NS-Lager – die in bezug auf zeitgenössische Vorgänge allerdings keine besondere Urteilskraft bewiesen, bei der Bewertung der Vergangenheit aber oft ein klares Urteil gezeigt haben – stimmen heute mit der von seinen Anhängern längst vertretenen Beurteilung Paul Schiemanns als Politiker weitgehend überein³⁸.

³⁷ Wachsmuth, S. 156.

³⁸ Vgl. dazu das zusammenfassende Urteil Reinhard Wittrams im Rahmen einer Besprechung des Wachsmuthschen Buches in der „Historischen Zeitschrift“ 178, S. 388.